

Greenpeace und Umwelthilfe fordern gesetzlich vorgeschriebenes Energiesparen

Stand: 06:07 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Die spanische Regierung hatte zu Wochenbeginn ein Maßnahmenpaket mit verpflichtenden Vorgaben zum Energiesparen beschlossen. Genau so etwas fordern Greenpeace und Umwelthilfe nun auch für Deutschland.

Greenpeace und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) haben gesetzliche Vorgaben zum Energiesparen nach dem Vorbild Spaniens auch für Deutschland gefordert. „Die Bundesregierung muss jetzt unbedingt nachziehen und der Verschwendung von Energie hierzulande ein Ende bereiten“, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland vom Donnerstag. „Es kann nicht sein, dass die Politik von den Menschen Enthaltung fordert, während sie selbst nicht handelt.“

Der geschäftsführende Vorstand von Greenpeace Deutschland, Martin Kaiser, rief in den RND-Zeitungen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) auf, „den Aspekt der Freiwilligkeit aus dem Energiesicherungspaket zu streichen und in die verpflichtende Umsetzung im öffentlichen und industriellen Bereich (zu) kommen“. Der spanische Ansatz verspreche zudem größere Akzeptanz von Energiesparmaßnahmen seitens der Bevölkerung.

Die spanische Regierung hatte zu Wochenbeginn ein Maßnahmenpaket mit verpflichtenden Vorgaben zum Energiesparen beschlossen. So darf in zahlreichen Gebäuden im Winter nur noch auf maximal 19 Grad geheizt und im Sommer nicht unter 27 Grad gekühlt werden. Die Maßnahmen gelten für Geschäfte, kulturelle Einrichtungen und den Verkehrssektor, also auch für Flughäfen und Bahnhöfe. In Geschäften sollen Schaufenster nach Ladenschluss nicht mehr beleuchtet und das Licht in öffentlichen Gebäuden bei Nichtnutzung ausgeschaltet werden.

Die Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Amira Mohamed Ali, forderte in den RND-Zeitungen ebenfalls verbindliche Vorgaben zur nächtlichen Abschaltung von überflüssiger Beleuchtungen in Deutschland: „Öffentliche Gebäude, dazu zählen für mich auch nachts beleuchtete Ladengeschäfte und Werbetafeln, müssen mit einbezogen werden.“ Hier brauche es Verbindlichkeit. Allerdings müsse man dabei auch mögliche

Sicherheitsrisiken „durch die Verdunkelung des öffentlichen Raums, gerade in Großstädten“ bedenken.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify, Apple (<https://www.welt.de/themen/apple/>) Podcasts, Amazon (<https://www.welt.de/themen/amazon/>) Music oder direkt per RSS-Feed.

AFP/mre

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240285189>